

A1 Klimaschutz kennt keine Grenzen

Gremium: Landesvorstand und Martin Stümpfig MdL
(KV Ansbach)
Beschlussdatum: 25.04.2019

1 Wir alle wissen, was für einen dramatischen Handlungsdruck wir beim Klimaschutz
2 haben. Wissenschaftliche Prognosen werden von der Realität längst überholt: In
3 **Bayern** hatten wir im Jahr 2018 in vielen Städten über 30 heiße Tage, in manchen
4 Städten sogar über 40. Und das, obwohl für den Zeitraum 2021-2050 eine Anzahl
5 von fünf bis neun heißen Tage über 30 Grad prognostiziert waren. Trotz dieser
6 Alarmsignale ist eine Umkehr nicht erkennbar: Die Senkung der CO2-Emissionen
7 wird weiter verschleppt.

8 Viele junge Menschen sehen das politische Versagen beim Klimaschutz und wollen
9 nicht mehr hinnehmen, wie mit ihrer Zukunft umgegangen wird. Sie gehen auf die
10 Straße und protestieren. Im Hambacher Forst wurde ein schneller Kohleausstieg
11 gefordert. Bei den jeden Freitag stattfindenden **Fridays for Future** Protesten
12 fordern Schüler*Innen lautstark endlich wirksamen Klimaschutz. Dabei werden sie
13 auch von Tausenden von Wissenschaftler*innen, den **Scientists for Future**, und den
14 **Parents for Future** unterstützt. Diese internationale Bewegung richtet sich
15 direkt an die eigene Regierung und lässt nicht mehr zu, dass der Handlungsdruck
16 jeweils dem anderen zugeschoben wird. **Jetzt und hier vor Ort zu handeln, das ist**
17 **die unmissverständliche Forderung!**

18 Die jungen Menschen tragen diese Forderung auch an die CSU-geführte Bayerische
19 Staatsregierung, die nach außen hin deklariert, Klimapartei zu sein, während sie
20 die Erneuerbaren Energien mit der 10H-Reglung vor Ort ausbremst und mit den
21 Füßen in den fossilen Brennstoffen scharrt. Die jungen Menschen fordern auch
22 eine andere Politik der Großen Koalition, die es mit der Einhaltung der
23 Klimaziele ausdrücklich nicht ernst meint - und auch der Europäischen Union, die
24 noch viel mehr Potential und Möglichkeiten hat, sich für Klimapolitik stark zu
25 machen!

26 **Die kommende Europawahl ist eine Klimawahl.** Im Europaparlament blockieren
27 rechte, rechtspopulistische und konservative Parteien umwelt- und
28 klimapolitische Maßnahmen. Umso wichtiger ist für uns, jetzt im Europawahlkampf
29 klare Kante zu zeigen für den Klimaschutz!

30 Für uns GRÜNE sind die Pro-Klima Bürger*Innenbewegungen ermutigend und
31 inspirierend, weiterhin radikal und deutlich für den Klimaschutz einzutreten.
32 Klar ist: Die jetzigen politischen Maßnahmen zum Klima-, Arten-, Wald-, Meeres-
33 und Bodenschutz reichen bei weitem nicht aus. Das verbleibende Budget der
34 Treibhausgasemissionen, die noch emittiert werden dürfen, um die Pariser
35 Klimaziele einzuhalten, ist gering und erfordert **sofortiges Handeln.**

36 Klimaschutz durchsetzen

37 Klimaschutz können wir nur grenzüberschreitend verwirklichen. Die Europäische
38 Union hat hier besondere Verantwortung: Sie ist der drittgrößte Emittent von
39 Treibhausgasen und stößt etwa ein Achtel der weltweiten Klimagase aus. Das ist
40 fast so viel wie die USA und mehr als Russland und Indien zusammengenommen. Die
41 Europäische Union ist Wirtschaftsmacht - ein Viertel der weltweiten
42 Wertschöpfung wird von der EU erbracht. Um so wichtiger ist grünes Wirtschaften
43 mit Blick auf Klima- und Umweltschutz. Das zeigt die Verantwortung Europas, aber
44 auch ihr Handlungspotenzial.

45 Wir GRÜNE fordern, dass die EU Führerin bei der Entwicklung und Anwendung
46 effizienter und erneuerbarer Technologien sein soll.

47 Die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz ist schon lange vorbei: Beim
48 aktuellen Klimaschutz-Index fiel Deutschland im internationalen Ranking auf
49 Platz 27 zurück, während sich die EU auf Platz 16 steigern konnte. Grund dafür
50 ist die seit Jahren stagnierende Klimapolitik in Deutschland. Der Ausstieg aus
51 der Braunkohle wird immer wieder vertagt und die Klimaziele 2020 werden trotz
52 klar definierter Ziele in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag in vollem
53 Bewusstsein von der CDU/CSU und SPD in der Großen Koalition nicht eingehalten.

54 Die Elektromobilität ist von dem Ziel, 2020 eine Million Elektroautos in
55 Deutschland auf den Straßen zu haben, meilenweit entfernt und im Gebäudebereich
56 fehlt nach wie vor ein wirksamer Mechanismus zur Erreichung eines klimaneutralen
57 Gebäudebestandes.

58 Ohne die klaren Vorgaben der EU würde Deutschland im Umwelt- und Klimabereich
59 noch weiter abfallen. Denn **die EU treibt die Bundesregierung in der Klimapolitik**
60 **voran**, während CDU/CSU und SPD jede effiziente Klimapolitik verschleppen und
61 ausbremsen. Von den 76 Vertragsverletzungsverfahren, die die Europäische
62 Kommission gegen Deutschland betreibt, betreffen fast die Hälfte das Umwelt- und
63 das Verkehrsministerium – weil Deutschland EU-Vorgaben nicht, nicht ausreichend
64 oder zu zögerlich umsetzt.

65 Ein positives Beispiel wie fortschrittlich Europa sein kann, sind die Regelungen
66 im Zusammenhang mit der neuen EE-Richtlinie des „Winterpakets“ der EU. Diese
67 Richtlinie ermöglicht Ländern den Einsatz von Erneuerbaren Energien zu
68 unterstützen, z.B. indem der Eigenverbrauch aus EEG-Anlagen von Abgaben befreit
69 wird oder Mieterstrommodelle vereinfacht werden.

70 Europa kann viel bewirken

71 Die Erdüberhitzung erfordert entschiedenes und radikales Handeln. Deshalb werden
72 wir die Klimaziele der EU ambitioniert vorantreiben. Die **CO₂-Emissionen** müssen
73 bis 2030 um mindestens 55% gegenüber 1990 gesenkt werden. Wir GRÜNE wollen einen
74 europaweiten Ausstieg aus Kohle, Atomkraft und fossilen Energieträgern und einen
75 deutlich schnelleren **Ausbau der erneuerbaren Energien**. Bis spätestens 2030
76 müssen 45 Prozent von Europas Energie, die wir bei Strom, Wärme und der
77 Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein. Und bis allerspätestens zum Jahr 2050
78 sollen es 100 % sein. Diese Ziele werden wir kontinuierlich überwachen und falls

79 nötig anpassen. Wenn der Klimawandel sich weiter beschleunigt, ist es notwendig,
80 schneller voranzukommen.

81 Wir GRÜNE fordern Ziele, die im Einklang stehen mit den Berechnungen des
82 **Weltklimarats IPCC**, damit wir den weltweiten Temperaturanstieg auf 1,5 Grad
83 abbremsen können.

84 Bayern muss sich als Technologieland zum **Motor für deutsche und europäische**
85 **Klimaschutzpolitik** entwickeln. In Bayern sind somit folgende Zielsetzungen
86 einzuhalten: Die Gesamtsumme der in Bayern verursachten Treibhausgasemissionen
87 soll von 2019 an **maximal eine Milliarde Tonnen CO₂-Äquivalente** betragen. Die
88 durchschnittlichen Treibhausgasemissionen sollen im Jahr 2030 unter 3 Tonnen pro
89 Kopf betragen. Ab 2050 ist der Freistaat Bayern klimaneutral. Dieser
90 Budgetansatz ist auf Europa zu übertragen. Europa muss eine Vorreiter-Rolle beim
91 weltweiten Klimaschutz einnehmen.

92 Durch eine **Reform des Emissionshandels**, die **Einführung eines CO₂-Preises** und den
93 **Grenzausgleich für importierte Emissionen** („border carbon adjustment“) stellen
94 wir sicher, dass die größten Umweltverschmutzer wie Flugverkehr, die
95 Schifffahrt, Energieproduzenten und die Schwerindustrie ihren Anteil am Kampf
96 gegen den Klimawandel bezahlt und sich ihrer Verantwortung stellt.

97 Der **Emissionshandel muss von Grund auf reformiert** werden, damit dieses
98 Instrument besser funktioniert. Erstens muss dafür die Anzahl der Zertifikate
99 deutlich reduziert werden, damit der Preisverfall durch das vorhandene
100 Überangebot beseitigt wird. Zweitens sollen die Zertifikate grundsätzlich nicht
101 mehr kostenlos abgegeben werden. In der Vergangenheit haben Unternehmen mit den
102 Zertifikaten zusätzliche Gewinne erwirtschaften können, statt für ihre
103 klimaschädlichen Emissionen zu zahlen.

104 Wichtig ist, dass im Emissionshandel ein Mindestpreis festgelegt wird, der sich
105 kontinuierlich steigend ausdrücklich an den zu erwartenden Kosten für
106 Klimafolgeschäden orientiert. Derzeit ist der Emissionshandel vor allem ein
107 spekulativer Markt. Solange aber Spekulationen auf „günstige CO₂-Preise“ möglich
108 sind, wirken sie als Bremse für klimafreundliche Investitionen. Wir wollen
109 Planungssicherheit für CO₂-Preise schaffen. Der Emissionshandel umfasst die
110 **Stromerzeugung** und somit lediglich die Hälfte der CO₂- Emissionen, deshalb gehen
111 wir in unseren Forderungen noch weiter:

112 Im Bereich **Wärme und Verkehr** fordern wir einen **CO₂-Preis**. Wir GRÜNE wollen die
113 zu erwartenden Klimaschäden den Klimakillern in Rechnung stellen. Treibhausgase
114 müssen einen Preis entsprechend ihrer Auswirkung auf das Klima bekommen. Und wir
115 fordern dabei Steuergerechtigkeit, die die Last von den Bürger*innen auf die
116 Umweltverschmutzer verlagert.

117 **Wir wollen Ökologische Transformation sozial gestalten, auch beim CO₂-Preis.** Wir
118 schaffen mehr Gerechtigkeit durch konsequenten Klimaschutz: Deshalb werden wir
119 die zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung direkt an die
120 Verbraucher*innen zurückgeben und sie nicht im allgemeinen Steuertopf
121 verschwinden lassen. Unser Ziel ist die Schaffung eines **Energiegeldes** als Pro-
122 Kopf-Zahlung an die Menschen in Europa. Solange dies nicht europäisch umsetzbar
123 ist, werden wir uns auf nationaler Ebene dafür einsetzen.

124 Wir werden **Energiearmut bekämpfen**, indem europaweit Sozialtarife geschaffen
125 werden, betroffene Haushalte eine kostenfreie und unabhängige Energieberatung
126 erhalten und die eigene Energieerzeugung und -einsparung gefördert wird.

127 Unser Ziel ist es, dass **Bürger*innen, Kommunen und Regionen Teil der**
128 **Energieweiterevolution** sind. Menschen überall in Europa sollen privat erzeugten Strom
129 gegen Vergütung ins Netz einspeisen können. Jedes neue Gebäude in Europa soll
130 energieeffizient sein und selbst erneuerbare Energie erzeugen, oder erneuerbare
131 Energien nutzen. Bei Neubauten der öffentlichen Hand wie bei Schulen, Turnhallen
132 etc. soll dies zur Pflicht werden. Und wenn es Dachflächen gibt, die nicht zur
133 Solarenergienutzung geeignet sind, sollen sie begrünt werden, was positiv zum
134 gesunden Stadtklima beiträgt.

135 Neben Strom, Wärme und Verkehr ist außerdem die **Landwirtschaft** ein großer
136 Emittent von Treibhausgasemissionen. Neben dem Anreiz zur Energieeinsparung im
137 Landwirtschaftsbereich wird in der Europäischen Landwirtschaftspolitik **die neue**
138 **Förderperiode** der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2021 entscheidend sein, wie
139 Ansätze für eine **ökologische Landwirtschaft** in Zukunft von europäischer Seite
140 stärker unterstützt werden können. Wir wollen die industrielle Landwirtschaft
141 beenden und Biodiversität schützen. Eine Umschichtung der Gelder der Flächen-
142 Direktzahlungen aus der ersten Säule zugunsten von Maßnahmen für eine
143 pestizidfreie, umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft hat deshalb oberste
144 Priorität.

145 **Ressourcenschonende und ressourceneffiziente Wirtschaftsdynamik entfachen**

146 Der neu zu verhandelnde EU Haushalt, der mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027,
147 bietet die Chance, Politik neu zu gestalten und zu entscheiden, für welchen
148 Ziele wir Geld ausgeben. Wir müssen damit aufhören, Klimawandel mit
149 Steuergeldern zu subventionieren. Klar ist: Jeder Euro in Europa soll nachhaltig
150 investiert werden, ohne Umwelt und Klima zu schaden. Das heißt, wir GRÜNE stehen
151 für Investitionen in nachhaltigen Transport, in erneuerbare Energien, in
152 Energie- und Ressourceneffizienz und in Energieeinsparung zugunsten von
153 effizientem Klimaschutz. Wir wollen eine Modernisierungsoffensive zur Förderung
154 ressourcenschonender und CO2-arter Innovationen.

155 Dazu gehört auch, dass künftige **Handelsabkommen** der EU im Einklang mit den
156 Pariser Klimazielen zu stehen haben.

157 Wir können weiterhin den dramatischen Ressourcen- und Rohstoffverbrauch auf
158 unserem Planeten reduzieren, wenn wir die **Ressourceneffizienz** erhöhen und die
159 europäische **Kreislaufwirtschaft** stärken. Wir wollen die bewusste Verkürzung der
160 Lebensdauer von Produkten (**geplante Obsoleszenz**) verbieten und fordern eine
161 weitreichenden **Öko-Design-Richtlinie** für eine ressourcenschonende
162 Wirtschaftsweise in ganz Europa. Wir wollen die Lebensdauer,
163 Wiederverwendbarkeit und Reparaturmöglichkeit von Produkten erhöhen und das
164 Recht auf Reparatur stärken.

165 **Internationale Flüge** unterliegen bisher keiner Mehrwertsteuer und **Kerosin** wird
166 nicht besteuert, das werden wir ändern. Die daraus entstehenden Einkünfte wollen
167 wir auch dafür nutzen, um den Zugverkehr kostengünstiger und effizienter zu
168 machen - quer durch Europa. Wir stehen für eine nachhaltige Stadtplanung für

169 mehr öffentlichen Transport und **nachhaltige Mobilitätskonzepte**.

170 **Europa braucht starke GRÜNE**

171 Wirklicher Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir ihn gemeinsam auf allen Ebenen
172 umsetzen: Jeder auf seiner Ebene: privat, in der Kommune, im Betrieb, auf
173 Landes- und Bundes- und Europaebene. Wir alle können etwas tun!

174 Wir GRÜNE kämpfen in allen europäischen Ländern für mehr Klimaschutz. Wir werden
175 Europa weder den Klimaleugner*innen noch den Klimaschutzbremsern überlassen –
176 und auch nicht denen, die unbeirrt am Glauben eines grenzenlosen
177 Wirtschaftswachstums festhalten, ohne Nachhaltigkeit mitzudenken. Wir brauchen
178 eine Veränderung unseres Lebensstils mit unseren Konsumgewohnheiten, eine grüne
179 Wirtschaftspolitik und radikale Klimaschutzmaßnahmen. Wir wollen eine kulturelle
180 Entwicklung zu einer nachhaltigen Lebensweise und politische Veränderung!

181 Für uns GRÜNE hat der Erhalt unserer Lebensgrundlagen, haben **Klima- und**
182 **Umweltschutz höchste politische Priorität**. Die Anliegen der nächsten Generation,
183 die sich derzeit lautstark für den Erhalt der Lebensgrundlagen einsetzt, sind
184 unsere oberste Leitlinie

185 Starke GRÜNE im Europäischen Parlament sind die Garantin für konsequenten
186 Klimaschutz, für die Wahrung der Interessen kommender Generationen und für die
187 Zukunft Europas.